



PRESSEMITTEILUNG

Rhein-Erft-Kreis / Düsseldorf, 20.06.2017

Schwarz-gelber NRW-Koalitionsvertrag: Nichts Konkretes für den Rhein-Erft-Kreis

Guido van den Berg: „Nur blumige Worte zum Strukturwandel, keine Förderzusagen, keine Infrastrukturzusagen, nichts zum Phantasialand oder zur Wesseling Rheinbrücke.“

„Das ist wirklich enttäuschend. Im schwarz-gelben NRW-Koalitionsvertrag taucht zu unserer, von der Energiewende besonders betroffenen Region nichts Konkretes auf“ stellt der SPD-Kreisvorsitzende und Landtagsabgeordnete Guido van den Berg fest. Lediglich fünf dürre und allgemeine Zeilen auf Seite 41 werden dem Braunkohle-Strukturwandel durch die Innovationsregion Rheinisches Revier (IRR) gewidmet. „Das wird der Bedeutung der Aufgabe und der Verantwortung des Landes für unsere Region nicht gerecht“ erklärt der Vorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion Dierk Timm, der auch Mitglied des Landesvorstandes der NRWSPD ist.

Drohende IRR-Selbstbeschäftigung statt Fördermittel für die Region

Es dürfe jetzt keine neue Phase der Selbstbeschäftigung mit der IRR-Struktur geben sondern es müssten weiter konkrete Förder-Projekte für die Region umgesetzt werden, betont Guido van den Berg angesichts der Ankündigung von CDU und FDP, erst einmal die IRR „evaluieren“ zu wollen. Selbstfindung und Organisationsfragen hätten die IRR schon sehr intensiv beschäftigt. Nach der Beiratsstruktur wurde eine GmbH geschaffen, bei der die Landkreise Hauptakteure neben den Kammern und der IGBCE sind. Gerade nach dem dann erfolgten Ideenwettbewerb seinen in der Folge aber in den letzten drei Jahren viele sehr konkrete Förderprojekt für Kommunen, Unternehmen und Wissenschaft angestoßen worden (Bildungscloud, Kreislaufwirtschaft Bauen, Masterplan Garzweiler, Thermische Solarspeicher, Dorfentwicklung Wanlo, Industriedrehkreuz Weisweiler, Braunkohle als Chemierohstoff, Virtuelles Kraftwerk und Grubenwasser-Erdwärme mit einem Gesamtvolumen von rund 25 Mio. Euro mit einem öffentlichen Förderanteil von rund 15 Mio. Euro). „Hier fehlen Aussagen im Koalitionsvertrag, die die Fortsetzung dieser erfolgreichen Arbeit gesichert werden soll“ kritisiert Guido van den Berg. Lediglich für den jüngst geschaffenen Lehrstuhl für die Nutzung von Braunkohle als Chemierohstoff hat der SPD-Landtagsabgeordnete ein verstecktes Bekenntnis entdeckt, da sich Schwarz-Gelb zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission zur Zukunft der chemischen Industrie in NRW bekannt habe (Seite 38).

PRESSEMITTEILUNG



Mit Blick auf die IRR fehlten jetzt jedoch vor allem Aussagen zu den jetzt aktuell zur Bewilligung anstehenden Projekten (Masterplan „BrainEnergy“ Merscher Höhe mit 150.000 Euro, Batterieproduktion „LEPAöR“ Euskirchen mit 100.000 Euro, Masterplan „Sixpack“ mit 650.000 Euro, Klimahülle „terra nova“ mit 107 Mio. Euro, Gleichstrom-Verteilnetz Geilenkirchen mit 500.000 Euro). „Schwarz-Gelb darf die jetzt anstehenden Investitionen für die Region nicht in der Luft hängen lassen!“ stellt der Landtagsabgeordnete fest.

Schwarz-Gelb darf künftigen Mitteleinsatz für IRR nicht verschweigen!

Dierk Timm hinterfragt warum Schwarz-Gelb nichts zum Ressourceneinsatz für den Strukturwandel-Prozess im Rheinischen Revier sagt. In den vergangenen Jahren hätten ja gerade die CDU-Landräte immer wieder kritisiert, dass die IRR landesseitig unterfinanziert sei. Die CDU-Landräte erklärten, dass man die Finanzierung der IRR-Geschäftsstelle landesseitig unabhängig von EU-Förderperioden aufbauen müsse, um den langfristigen Charakter und auch mehr Attraktivität bei der Personalauswahl für die Geschäftsstelle zu gewährleisten. Mehrfach formulierten die Landräte die Erwartung, dass NRW einen eigenen Landesfond ausweisen müsse, um die Region im Strukturwandel so gerecht zu unterstützen, wie das beim Ruhrgebiet geschehen sei. „Wo ist jetzt der Landesfond? Hier ist der Koalitionsvertrag eine Enttäuschung. Klar ist, dass durch den Verhandlungseinsatz von NRW ab 2018 Bundesmittel für den Strukturwandel zu erwarten sind. Kann die Region auch mit festen Größen aus dem Landeshaushalt rechnen?“ fragt der Vorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion.

Flächenentwicklung ist mehr als nur Gewerbe- und Industrieflächen!

Die Ankündigung von Schwarz-Gelb, den Kommunen im Rheinischen Revier bei der Landes- und Regionalplanung eine „Sonderstellung bei der Ausweisung zusätzlicher Industrie- und Gewerbegebiete zuweisen“, klinge gut, der SPD-Landtagsabgeordnete Guido van den Berg stellt aber fest: „Konkrete Angaben fehlen auch hier leider wieder“. Er verweist darauf, dass für den, bis Mitte des Jahrhunderts in Rede stehenden Verlust von rund 15.000 Arbeitsplätzen konkreter Ersatz geschaffen werden müsse. Bei einem gewerblichen Besatz mit durchschnittlich 35-40 Arbeitsplätzen pro Hektar Bruttogewerbefläche in den nächsten 15 bis 20 Jahren könne ein zusätzlicher gewerblicher Flächenbedarf von ca. 500 Hektar angenommen werden, um auf diesem Weg die anstehenden Arbeitsplatzverluste zu kompensieren. Der Kompensationsbedarf von 500 Hektar ist mit Blick auf die, zur Zeit durch die Tagebaue Inden, Hambach und Garzweiler insgesamt beanspruchten über 8700 Hektar (Anfang 2014) vergleichsweise gering. Jedoch dürfen die Flächenentwicklungen nicht auf Gewerbe und Industrie beschränkt sein, sondern auch allgemeine Siedlungsentwicklungen einschließen. Gerade im Zeitalter von Industrie 4.0 wachsen Betriebs- und Wohnräume anders zusammen. Verteilung von Flächen muss sich zudem



daran orientieren, wo besondere Arbeitsplatzverluste in den jeweiligen Kommunen drohen. „Hier fehlen klare Bekenntnisse von CDU und FDP. Leider gibt es in diesem Koalitionsvertrag – im Gegensatz zu Rot-Grün – keine Hinweise zum Infrastrukturausbau im Rheinischen Revier. Gerade der Ausbau der Bahnstrecke Köln-Aachen, die Schaffung der S-Bahn auf der RB 38 aber auch den Breitbandausbau hätte man hier anführen müssen. Strukturwandel funktioniert nicht ohne Hilfestellungen beim Infrastrukturausbau!“ so Dierk Timm.

Keine Erwähnung des Phantasialandes, keine Aussage für eine neue Rheinbrücke bei Wesseling.

Bezeichnend sei es auch, dass die Erweiterung des Phantasialandes keine Erwähnung im schwarz-gelben Koalitionsvertrag gefunden habe. „Wir haben es in den letzten Jahren geschafft, den Regionalplan so zu ändern, dass eine Erweiterung des Freizeitparks nach Westen möglich wird. In den kommenden Monaten wird es aber darauf ankommen, dass der Landesbetrieb Wald und Holz entsprechende Flächen auch verkauft. Dies war unter der damaligen schwarz-gelben Rüttgers-Regierung vom CDU-Umweltminister Uhlberg blockiert worden. Ich hoffe nicht, dass jetzt eine weitere Hängepartie folgt. Ebenfalls wäre es gut gewesen, wenn auch die Planung einer weiteren Rheinbrücke bei Wesseling in den Vertrag aufgenommen worden wäre“ stellt Guido van den Berg fest.

* * *

PRESSEMITTEILUNG